

Laibacher Zeitung.

Nr. 280.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.
fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus
halbj. 50 kr. Mit der Post ganz, fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 5. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr.,
2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr.,
3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jebeim. 30 kr.

1867.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. November d. J. den Prager Oberlandesgerichtsrath Dr. Guido Schindler zum Präses des Kreisgerichtes in Chrudim allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 4. December.

Eine Stimme aus Moskau.

Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Die „Moskaw. Wiebomosti“ schildern in dem Artikel, den wir nachstehend bringen, die Mißhandlungen, denen die Moskauer Pilger in Oesterreich ausgesetzt wurden, in so grellen Farben, daß wir es uns nicht versagen können, den Artikel unverfälscht zu bringen, damit unsere Leser selbst sich überzeugen können, welches Colorit die russischen publicistischen Künstler ihren Bildern geben. Wenn schon die nach Moskau wandernden Süd-Sklaven so furchtbare Leiden erdulden müssen, so mußten ja die Herren Palast und Neger, welche doch die Hauptrolle in der Sache spielten und deren in Moskau gehaltene Reden selbst ihren Conationalen etwas zu derb erschienen waren, wenigstens gewiebert oder geräbert worden sein, und dennoch erfreuen sie sich bisher der unbeschränkten Freiheit und ihrer geraden Glieder. Wir lassen nun den Artikel folgen:

Welche Folgen die Sklavensahrt für die Zukunft haben wird, wissen wir nicht, aber wir sehen, welche Folgen sie schon in der Gegenwart hat. Die Drohungen, mit welchen die deutschen, magyarischen und polnischen Journale unsere Gäste begleiteten, sind kein leerer Schall geblieben. Nach der Heimkehr ist ihre Lage eine äußerst klägliche geworden. Wir alle wissen, daß der Besuch weder einen revolutionären, noch überhaupt einen politischen Zweck hatte; nichtsdestoweniger war die Wirkung, wenn nicht für alle Theilnehmer, so doch für eine Mehrzahl eine derartige, als handelte es sich um ein Staatsverbrechen. Daß die slavische Idee kein bloßes Gespenst ist, beweisen zur Genüge die Verfolgungen, welchen die Theilnehmer an einer der allerschuldigsten Manifestationen für diese Idee nunmehr ausgesetzt sind. Einige haben ihr Brot verloren, gegen andere kam die roheste Bedrückung in Anwendung, wie gegen den Geistlichen Danilo, der jetzt im Kerker sitzt.

Subotic wurde seines Amtes verlustig und auch die Ausübung der Advocatur wurde ihm untersagt. Alles hat man ihm genommen, nur wegen seiner Wanderung nach Rußland. Jeder Versuch, für ihn eine Subscription zu eröffnen, wurde vereitelt, so daß er sich jetzt ohne alle Mittel zur Erhaltung seiner Familie befindet.

Wohl haben wir es verstanden, Gastmähler zu veranstalten und Toaste auf die slavische Verbrüderung und Einheit auszubringen. Sollen wir nun diejenigen in der Noth verlassen, die durch unsere treuherzigen Aeußerungen ums Brot gekommen sind?

War der unseren slavischen Gästen bereite Empfang kein bloßer Zeitvertreib, sondern hatte die Sache irgend einen Sinn, so dürfen wir jetzt an unsere Stammesgenossen in Oesterreich nicht vergessen!

Alle uns von dort zukommenden Nachrichten bestätigen, daß dieses Reich sich in einer noch größeren Krisis befindet als die Türkei. Insbesondere ist die Lage der ungarischen Sklaven eine mißliche. Dieselben Croaten, welche im Jahre 1848 Oesterreich gerettet, sind jetzt ihren Feinden preisgegeben. Die ganze Intelligenz dieses Volksstammes besteht fast nur aus Beamten und Geistlichen, und ein „Bivat“ genügt, um ihnen das Brot zu nehmen. Den galizischen Russen ergeht es nicht besser. In dem sogenannten Eisleithanien arbeitet man daran, das slavische Element verschwinden zu machen. Das Reich der Habsburger, nunmehr jedes Stützpunktes beraubt, strebt danach, gerade jenes Element auszurotten, durch das allein es sich noch eine Zukunft hätte schaffen können.

Wir wollen ganz absehen von Stammes sympathien und der slavischen Idee und fragen nur, ob wir angesichts dieser chaotischen Gährung, über der der Geist des Unverstandes und der Vernichtung schwebt, ganz ruhige Zuschauer bleiben können? Sollen wir dem Theilnahme und Unterstützung versagen, was sich aus diesem Chaos ans Licht emporwinden will und lebensfähig ist?

Sollen wir bei unserer durch die Geschichte vorgezeichneten orientalischen Politik denjenigen Stämmen, welchen jetzt in Oesterreich mehr Gefahr droht als in der Türkei, unsere Sympathien vorenthalten? Alle diese Stämme setzen ihre ganze Hoffnung auf die Sympathie Rußlands; werden wir ihre Hoffnungen täuschen?

Von einer diplomatischen Einmischung kann nicht die Rede sein; so etwas muß sich nur Rußland bezüglich seiner eigenen Unterthanen gefallen lassen. Es handelt sich aber auch in Betreff der österreichischen Sklaven nur darum, daß wir ihnen die so effectvoll mit Worten bezugte Theilnahme ein wenig durch die That bekunden. Alle Politik bei Seite, hindert uns durchaus nichts, diesen Völkern materielle und moralische Unterstützung zu gewähren. Sollte es sich zeigen, daß all' die lärmenden Demonstrationen für die slavischen Brüder schon am nächsten Tage vergessen waren, so wäre es tausendmal besser, wir hätten ganz geschwiegen, besser für die „Brüder“ und besser für uns selbst. Es gibt keine ärgere Feindschaft, als wenn Freunde Feinde geworden!

Die Blöcke der österreichischen Sklaven sind jetzt auf Rußland gerichtet; sie glauben ein Recht auf unseren Beistand zu haben. Mit unseren Sklavenfesten haben wir Pflichten übernommen, die wir nun erfüllen müssen, sonst ist es um all' unseren Credit geschehen. Uebrigens bedarf es zur Aufrechthaltung desselben nicht viel und doch könnte es namentlich unter den jetzigen Umständen sehr nützlich sein. Geben heißt hier so viel als empfangen und jede russische Kopete wäre dermal ein sehr gut angelegtes Capital.

20. Sitzung des Herrenhauses

vom 2. December.

(Schluß.)

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Staatsgrundgesetze über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt, über die Einsetzung eines Reichsgerichtes, über die richterliche Gewalt, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger und des Entwurfes des Gesetzes, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird.

Sämmtliche Gesetze werden in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Gegen das Gesetz betreffend die allgemeinen Rechte der Staatsbürger stimmen sämmtliche geistliche Mitglieder des Hauses sowie Fürst Jablonowski; gegen das Gesetz betreffend die Aenderung des Februar-Patentes stimmt Fürstbischof Sasser von Brixen.)

Weiterer Gegenstand der Tagesordnung ist der Commissionsbericht über das Delegationsgesetz.

Berichterstatler Professor Miklosich verliest den Bericht. Wir entnehmen demselben folgende Stelle:

Die Commission hat sich bei der Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfes keinen Augenblick verhehrt, wie weit die Anordnungen desselben sowohl hinsichtlich der beiden Reichtheile gemeinsamen Angelegenheiten, als auch hinsichtlich der Behandlung derselben hinter dem zurückbleiben, was für die freiherrliche Entwicklung und die Machtstellung Oesterreichs wünschenswerth erscheint.

Wenn sie demungeachtet vor dieses hohe Haus mit dem Antrage tritt, dasselbe wolle diesem hochwichtigen, einen neuen Abschnitt in der Entwicklung des Gesamtstaates inauguirenden Gesetze seine Zustimmung nicht verweigern, so wird sie dazu bestimmt durch die dringende Nothwendigkeit der Feststellung des staatsrechtlichen Verhältnisses beider Reichtheile zu einander, so wie durch die Ueberzeugung, daß unter den obwaltenden Verhältnissen eine der Einheit des Reiches günstigere Vereinbarung nicht zu erreichen ist.

Die Commission stellt demnach den Antrag: das hohe Haus wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf in der vom Hause der Abgeordneten angenommenen Fassung seine Zustimmung erteilen.

Die Generaldebatte ist eröffnet.

Präsident theilt mit, daß für dieselbe Graf Wickenburg und Ritter v. Schmerling sich zum Worte haben eintragen lassen.

Graf Wickenburg: Die Phrase: „Alles schon dagewesen“ ist sehr oft vernommen worden. Auf das vorliegende Delegationsgesetz finde sie aber keine Anwendung. Eine solche Institution zur Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten ist dem parlamentarischen Leben bisher fremd geblieben; Erfahrungen haben wir nicht darüber, und es ist sehr zu befürchten, daß der vorgeschlagene Modus auf große Hindernisse stoßen wird. Indes ist ein Versuch unvermeidbar. Wir stehen vor Thatfachen, die nicht mehr umgeschrien gemacht werden können, vor Zugeständnissen, die in der feierlichsten Weise

ertheilt worden sind, vor dem einmüthigen Willen einer stolzen Nation, die unter dem Schatten einer hundertjährigen Constitution großgezogen worden ist, an der sie mit Leib und Seele hängt. Es mag allerdings tief zu beklagen sein, daß die Einheit Oesterreichs, das Ideal so vieler, welche in derselben das Symbol des Ansehens und der Größe der Monarchie erblicken, einem so ausgesprochenen Dualismus weichen muß. Allein nach den ungeheuren Fehlern, die begangen wurden, nach den schwerwiegenden Ereignissen, die über die Monarchie hereingebrochen sind, ist es nicht mehr möglich, sich den Thatfachen entgegenzustellen. Ist dies nun einmal klar, so gehe man auch schnell und mit Entschiedenheit vor. Ungewißheit bleibt immer eines der größten Uebel. Kennen wir unsere Lage, so werden wir uns in dieselbe schmiegen und es wird uns möglich werden, auch in unseren engen Grenzen ein zufriedenstellendes Verfassungsleben zu gründen und zu führen.

Ich stimme der Commission unbedingt bei.

Ritter v. Schmerling: Nachdem die Commission einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfes empfiehlt und nachdem im Hause selbst kaum gegen das Gesetz eine Einwendung erhoben werden, so ist wohl der Annahme desselben auch von Seite des hohen Hauses entgegenzusehen.

Demungeachtet scheint es mir sowohl der Wichtigkeit des Gegenstandes, als auch der Würde des Hauses wegen angemessen zu sein, über jene Betrachtungen, welche sich die Commission gegenwärtig hielt, einige Bemerkungen zu machen und jene Erwägungen dem Hause vorzulegen, die mich und viele Mitglieder des hohen Hauses bestimmten, dem Delegationsprojecte nicht entgegenzutreten.

Wir befinden uns vollendeten Thatfachen gegenüber, an deren Zustandekommen wir keinen Antheil haben und gegenüber denen wir schon in der Adresse ausgesprochen, daß wir die Verantwortlichkeit für sie ablehnen müssen. Thatfache ist die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung, Thatfache die Constituirung einer ungarischen Regierung, Thatfache der Act der Krönung und insbesondere ist es Thatfache, daß das vom ungarischen Landtage votirte Delegationsgesetz von Sr. Majestät bereits die Sanction erhalten hat.

Wer nur einigermaßen mit den Zuständen einer geregelten Regierung und einer parlamentarischen Vertretung vertraut ist, kann sich nicht der Besorgniß verschließen, daß die Organisation der Vertretung, die nunmehr in Oesterreich plackgreifen wird, eine sehr complicirte ist.

Es werden ein Reichs- und zwei Landesministerien bestehen, es wird nicht weniger als sechs parlamentarische Vertretungskörper geben und außerdem sind noch gewisse Gegenstände den Deputationen zugewiesen, so daß eigentlich acht Vertretungskörper bestehen werden. Ist es schon schwierig, ein Gesetz auf verfassungsmäßigem Wege zu Stande zu bringen, wo nur zwei Häuser bestehen, so wird bei diesem Organismus die Zustandebringung eines verfassungsmäßigen Gesetzes künftig noch schwieriger sein.

Daß daher einem jeden, dem es ehrlich um das Wohl des Vaterlandes zu thun ist, etwas bange um die zukünftige Administration und Legislation Oesterreichs werden muß, unterliegt keinem Zweifel.

Demungeachtet haben ich und meine politischen Freunde verneint, über diese Bedenken uns hinwegsetzen und dem Delegationsprojecte nicht entgegenzutreten zu sollen.

Denn wir erkennen in demselben zur Zeit noch das einzige Band, das die Länder diesseits und jenseits der Leitha zusammenhält, und wir würden um keinen Preis die Verantwortlichkeit übernehmen wollen, daß auch noch dieser dünne Faden der Zusammengehörigkeit abgeschnitten würde.

Wir befinden uns bei unserem heutigen Botum in einer Zwangslage, und wenn wir dem Delegationsprojecte unser Zustimmung erteilen, so ist es in der, wie ich glaube, nicht ganz ungerechtfertigten Hoffnung, daß aus demselben allmählig sich ein anderes Welt entwickeln werde, daß es als nothwendig wird erkannt werden, daß zum Bestande Oesterreichs eine einheitliche Organisation nothig ist, und daß am Ende alle Kronländer und Volksstämme Oesterreichs im eigenen Interesse sich zu einem gemeinsamen innigen Bunde die Hände reichen werden. (Bravo, Bravo!)

Se. Exc. Reichskanzler, Ministerpräsident Freiherr v. Deust: Im Namen der Regierung fühle ich mich verpflichtet, dem Ausschusse des h. Hauses deren aufrichtigen Dank für die Art und Weise auszusprechen, in welcher derselbe einen Gegenstand behandelt hat, von dem

der Regierung sehr wohl bekannt ist, zu welchen Bedenken er Anlaß geben kann, und welche Schwierigkeiten derselbe im Gefolge haben mag. Die Regierung darf sich wohl auch der Hoffnung hingeben, daß das h. Haus die Anschauung des Ausschusses theilen und nicht hindernd entgegenzutreten werde.

Auf die Ausführungen des letzten geehrten Redners glaube ich nicht eingehen zu sollen, nachdem ich bei verschiedenen Gelegenheiten sowohl an anderer Stelle, als auch hier mich über den Ursprung der gegenwärtigen Sachlage ausgelassen habe, wobei ich nachgewiesen zu haben hoffe, daß diejenigen Thatsachen, auf die so oft hingewiesen wird, nicht willkürlich von der gegenwärtigen Regierung geschaffen wurden, sondern eine fast unausbleibliche Folge einer allmählichen Entwicklung der Dinge waren. Kann die Regierung für diese die Verantwortung nicht übernehmen, so übernimmt sie dagegen vollständig die Verantwortung für die gegenwärtige Vorlage und alles, was damit zusammenhängt. Auch sie theilt vollständig die Ueberzeugung, daß mit der Zeit sich etwas gutes daraus entwickeln kann und entwickeln wird, und gewiß ist das um so eher zu erwarten, wenn an das neue Werk, so schwierig und bedenklich es scheinen mag, mit frohem Muth und nicht mit der Besorgniß des Scheiterns gegangen wird. (Bravo! Bravo!)

Berichterstatler Professor Miklosich verzichtet auf das Wort.

Es wird zur Specialdebatte geschritten und werden hierbei Titel und Eingang des Gesetzes so wie § 1 ohne Debatte angenommen. Zu § 2, welcher von denjenigen Angelegenheiten handelt, die nicht zur gemeinsamen Verwaltung gehören, jedoch nach gleichen, von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen behandelt werden sollen, ergreift

Freiherr v. Wüllerstorff das Wort. Redner hält diesen Paragraph für überflüssig, da es nach seiner Ansicht nicht eines vorhergehenden Beschlusses bedürfe, daß in Zukunft die beiderseitigen Vertretungen und Regierungen über gewisse Gegenstände sich vereinbaren können. Sollte jedoch die Aufnahme dieses Paragraphes für nothwendig erachtet werden, so möge man denselben etwas erweitern. So sei das Post- und Telegraphenwesen hier nicht genannt, es seien ferner die Angelegenheiten der Schifffahrt hier nicht erwähnt, ebenso sei das Maß- und Gewichtswesen ganz übergangen, obgleich dasselbe gewiß von höchster Wichtigkeit für die ganze Monarchie sei und nach gemeinsamen Grundsätzen vereinbart werden sollte. Ein Gleiches beziehe sich auf das Privilegienwesen und eine Erweiterung des Paragraphes sei daher nach der Richtung erwünscht, daß derselbe folgendermaßen zu lauten habe:

„Alle Angelegenheiten, die sich auf das materielle Wohl der beiderseitigen Bevölkerungen beziehen und durch eine erzielte Einigung beider Vertretungskörper größere Vortheile für die Monarchie versprechen, sollen im Wege freier Vereinigung geordnet und für eine bestimmte Zeitperiode nach gemeinsamen Grundsätzen behandelt werden. Hieher gehören insbesondere:

1. Die commerciellen und Schifffahrtsangelegenheiten, speciell die Zollgesetzgebung;
2. die Gesetzgebung über die mit der industriellen Production in engerer Verbindung stehenden indirecten Abgaben;
3. die Feststellung des Münzwesens, des Geldfußes und des Maß- und des Gewichtswesens;
4. Verfügungen bezüglich jener Eisenbahnlinsen, welche das Interesse beider Reichshälften berühren;
5. die Aufstellung von Grundsätzen, nach welchen das Post- und Telegraphen- so wie das allgemeine Verkehrs- und Verkehrs- überhaupt im Interesse des gemeinsamen Wohles behandelt werden sollen;
6. die Feststellung des Wehrsystems.“

Redner stellt weiter das Ersuchen, für den Fall der Unterstützung seines Antrages denselben der Commission zur Berathung und Berichterstattung zuzuweisen. (Wird zahlreich unterstützt.)

Freiherr v. Lichtenfels: Die Aufnahme der Gegenstände, über welche ein Uebereinkommen mit Ungarn getroffen werden soll, halte ich deshalb für zweckmäßig, weil in den späteren Paragraphen, namentlich im § 36, die Form bestimmt wird, in welcher über diese Gegenstände die Verhandlung gepflogen werden soll. Es ist also dadurch den Zweifeln vorgebeugt, die über diesen Paragraph entstehen könnten. Deshalb glaube ich, man solle den Paragraph in der vorliegenden Fassung beibehalten. Mit der Ansicht des Vorredners, daß es nicht allein wünschenswerth sei, über diese Gegenstände ein Uebereinkommen mit Ungarn zu treffen, sondern daß es noch viele andere solche geben dürfte, bin ich vollkommen einverstanden, allein ich möchte sie nicht hierher einbeziehen. Es sind dies die Gegenstände, rücksichtlich deren sich Ungarn in dem 12. Gesetzartikel vom Jahre 1867 schon bereit erklärt hat, ein Uebereinkommen mit Oesterreich zu treffen. Für diese muß also zunächst gesorgt werden und rücksichtlich dieser wird die Vorbereitung so gleich zu treffen sein. Wenn die übrigen vom Vorredner angeführten Gegenstände hier nicht ausdrücklich bezeichnet werden, so ist ja damit noch nicht gesagt, daß rücksichtlich derselben kein Uebereinkommen getroffen werden soll. Das wird dann geschehen können, wie mit jedem anderen Staate, wenn etwas vorfällt, wonach die Einleitung einer Verhandlung zweckmäßig erscheint. Im

gegenwärtigen Augenblicke aber ist dazu kein Anlaß geboten.

Berichterstatler Professor Miklosich: Das Abgeordnetenhaus ist bei Aufnahme des § 2 von dem Wunsche ausgegangen, jenen Gegenständen, welche der Art. 12 des ungarischen Gesetzes enthält, auch hier Aufnahme zu verschaffen.

Ich halte dies für sehr zweckmäßig; denn wenn § 2 fehlen würde, müßte in Ungarn die Ueberzeugung entstehen, daß die Vertretung der westlichen Hälfte nicht geneigt ist, auf eine gemeinsame Behandlung dieser Gegenstände einzugehen. Das hohe Haus sollte deshalb dieser Bestimmung seine Zustimmung nicht versagen, für die Zukunft wird ja nichts präjudicirt, da die ungarische Reichsvertretung wiederholt erklärt hat, daß sie mit der westlichen Reichshälfte in Zukunft verkehren werde wie ein freier Staat mit dem anderen.

Die Annahme einer über den Rahmen der getroffenen Vereinbarung hinausgehenden Aenderung, wie die vorliegende, wäre ein großer Uebelstand, da neue Verhandlungen mit Ungarn eingeleitet werden müßten.

Ich empfehle daher § 2 des Commissionsantrages zur Annahme.

Se. Excellenz Reichskanzler, Ministerpräsident Frh. v. Beust: Das Ministerium seinerseits kann sich nur vollständig dem anschließen, was von Sr. Excellenz dem Freiherrn v. Lichtenfels und dem Herrn Berichterstatler gesagt worden ist. Namentlich möchte ich der einen sehr durchschlagenden Bemerkung des Herrn Berichterstatlers noch hinzufügen, daß, wenn nach der gegenwärtigen Fassung des § 2 von ungarischer Seite um so mehr Geneigtheit vorauszusetzen ist, für die darin aufgezählten Gegenstände eine übereinstimmende Behandlung überall zuzugestehen, diese Geneigtheit eher beschränkt und abnehmen würde, wenn die Zahl dieser Gegenstände in der von dem geehrten Herrn Antragsteller gewünschten Weise vermehrt würde.

Zu seiner Beruhigung aber, nachdem die Regierung sehr wohl die Beweggründe zu würdigen weiß, die ihn bestimmt haben, den Antrag zu stellen, erlaube ich mir noch auf das dem hohen Reichsrathe, insbesondere dem Abgeordnetenhaus vorliegende Zoll- und Handelsbündniß hinzuweisen, in welchem er größtentheils eine Berücksichtigung der von ihm geltend gemachten Momente erkennen wird.

In jedem Falle wird diese Vorlage noch Gelegenheit geben, darüber beruhigende Aufklärungen zu ertheilen.

Freiherr v. Wüllerstorff: Nach den erhaltenen Aufklärungen und insbesondere mit Rücksicht auf dasjenige, was von Seite des Herrn Reichskanzlers in Bezug auf das Zollbündniß gesagt wurde, ziehe ich meinen Antrag zurück.

Bei der Abstimmung werden § 2 so wie die folgenden §§ 3 bis 27, letztere ohne Debatte, nach dem Commissionsantrage angenommen.

Beim § 28 beantragt Freiherr v. Lichtenfels im Hinblick auf den heute bei § 21 des Staatsgrundgesetzes betreffend die Reichsvertretung gefaßten Beschluß, das Alinea 3 dieses Paragraphes folgendermaßen zu formuliren: „Die Delegation hat das Recht, an das gesammte Ministerium oder an ein einzelnes Mitglied desselben Fragen zu richten, von demselben Antwort und Aufklärung zu verlangen, ferner die Commissionen zu entsenden, welchen von Seite der Ministerien die erforderliche Information zu geben ist.“ (Der Antrag wird unterstützt.)

Berichterstatler Dr. von Miklosich schließt sich der beantragten Modification an, worauf § 28 mit dem Amendement des Freiherrn von Lichtenfels angenommen wird.

Die §§ 29 bis 37 werden nach dem Commissionsantrage ohne Debatte angenommen und hierauf sofort über Antrag des Berichterstatlers das Gesetz in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Es wird sodann die Wahl einer Commission von 9 Mitgliedern über die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Lehensgesetze vorgenommen.

Abgegeben werden 72 Stimmzettel, gewählt erscheinen:

Baron Krauß (71), Graf Attems (70), Graf Kuefstein (70), Baron Lichtenfels (70), Baron Dobilhoff (69), Graf Wickenburg (69), Graf Gleispach (68), Graf Falkenhahn (67), Graf Fünfkirchen (61).

Die Tagesordnung ist erschöpft. Präsident schließt die Sitzung um 3 Uhr.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Ausland.

Berlin, 2. December. (Abgeordnetenhaus.) Der Präsident theilt mit, daß die beiden nordschleswischen Abgeordneten dänischer Nationalität den Verfassungseid wegen möglicher Abtretung Nordschleswigs nur mit Vorbehalt leisten wollen. Der Präsident erklärt dies unsittlich und verweist diese Angelegenheit zur schleunigen Erledigung an die Commission für die Geschäftsordnung. Darauf wurde der Antrag Lascher's, betreffend die Sicherstellung der parlamentarischen Redefreiheit, mit 188 gegen 174 Stimmen in zweiter Abstimmung angenommen. Der Präsident theilt mit, daß nach 21 Tagen eine nochmalige Berathung erfolgen werde, da hierin eine Aen-

derung der Verfassung vorliege. Kaiser hat seinen Antrag, betreffend die Niederschlagung der Untersuchung gegen die angeklagten Abgeordneten, zurückgezogen, da die Verurtheilung des Abgeordneten Frenzl bereits rechtskräftig geworden ist. Zwischen der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses und dem Grafen Bismarck war ein Conflict entstanden, weil Twesten den Ministerpräsidenten wegen der Entnahme der hannoverschen Abfindungssumme aus der Anleihe von 60 Millionen des Vertrauensbruches beschuldigt hatte. Nachdem die Budgetcommission mit großer Majorität den Ausdruck Twestens gemißbilligt hatte, theilten die Präsidenten Fortenbeck und Benningßen dem Ministerpräsidenten diesen Beschluß persönlich mit. Graf Bismarck erklärte sich befriedigt, der Conflict ist somit beseitigt.

Darmstadt, 2. Dec. (Conferenz.) Die „Darmst. Ztg.“ erklärt in officieller Weise: Auf die mündliche Einladung zur Conferenz ist die mündliche Zusage zur Theilnahme an derselben unter der Voraussetzung erfolgt, daß die Großmächte, also auch Preußen, dieselben annehmen werden. Die Lage Sachsens ist eine andere als die Hessens, von welchem zwei Drittel nicht dem Nordbunde angehören. Niemand hat ein Recht, Hessens Bundes-treue oder die Beobachtung der abgeschlossenen Verträge zu bezweifeln. Hessen hat die Gunst des Auslandes oder eine Allianz mit dem Auslande niemals angestrebt.

Rom, 1. December. (Der Gesundheitszustand des Papstes) ist fortwährend ein guter. Der Papst empfing heute mehrere Diplomaten.

Bern, 2. Dec. (Der Bundesrath) nahm die Einladung zur Conferenz unter gewissen Bedingungen an, deren eine in erster Stelle die Berücksichtigung der Wünsche Italiens fordert. — Die Bundesversammlung wurde eröffnet. Im Nationalrathe wurde keine Ansprache gehalten. Im Ständerathe überblickt der Präsident Blumer die auswärtige Politik. Er wünscht, daß die Conferenz die römische Frage dem Wunsche des italienischen Volkes entsprechend löse, zugleich aber auch die Unabhängigkeit des Oberhauptes der Kirche sichere. Er hofft günstige Wirkungen von den friedlichen Aeußerungen der Souveräne für den Handel und die Gewerbe und verweist auf die veränderte Stellung der Schweiz nach außen. Die Schweiz habe durch die Ereignisse des letzten Jahrzehntes statt kleinen Staaten ein centralistisches Deutschland und ein einheitliches Italien zu Nachbarn. Die Schweiz suche mit allen Nachbarn Freundschaft, unterlasse aber auch nicht Rüstungen für Tage der Gefahr.

Paris, 2. Decbr. (Militärgesetzentwurf — Die Conferenz und England. — Gesetzgebender Körper.) Man versichert, der Staatsrath habe sich heute mit dem von der Commission des gesetzgebenden Körpers amendirten Militär-Gesetzentwurf befaßt. Man glaubt, die Berichterstattung hierüber werde Samstag erfolgen. — Die „Patrie“ schreibt: Privatdepeschen aus London deimentiren, daß die englische Regierung als Bedingung der Conferenz-Annahme die unverweilte Zurückziehung der französischen Truppen aus Rom gestellt habe. — In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers entwickelte Jules Favre die Interpellation bezüglich Roms. Er hofft, der gesetzgebende Körper werde die Expedition aus vier Gründen nicht billigen. Die Expedition laufe den Rechtsprincipien zuwider; sie gefährde die Interessen Frankreichs und ist überhaupt die Sache eine traurige, welcher die Regierung dienen wollte. Sie bringt Frankreich in eine Reihe von Verwicklungen, aus welchen herauszukommen nicht anders möglich ist, als durch einen Fehler und indem man gerechte Unzufriedenheit hervorruft. Favre wirft der Regierung vor, daß sie handle, ohne den gesetzgebenden Körper zu befragen. Es sei Pflicht der Kammer, den Folgen vorzubeugen, welche die vollendeten Thatsachen veranlassen können. Er gibt eine lange geschichtliche Uebersicht der Facten, welche der Expedition vorausgegangen sind. Favre gibt nicht zu, daß die französische Regierung gezwungen sei, sich durch die September-Convention gebunden zu erachten, nach den so zahlreichen Verletzungen anderer Verträge, welche ohne Protest hingenommen wurden. Favre behauptet, daß die Regierung, welche im Senate ihre Sympathien für die italienische Einheit erklärt hat, nicht nach einem gültigen Einvernehmen mit Italien gestrebt habe. Favre glaubt, die Conferenz sei eine Chimäre; die Conferenz werde sich nothwendig vom Zeitgeiste leiten lassen und daraus werde einzig die Erniedrigung des Papstthumes hervorgehen.

Tagesneuigkeiten.

— (Allerhöchste Spenden.) Se. Majestät der Kaiser haben der Prebberger evangelischen Gemeinde zur Anschaffung von Büchern, Altartabernakeln, Conchilien und Mineralien für das dortige Lyceum 2000 fl. allgernein anzuweisen geruht. — Se. k. l. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Karl Ludwig haben der durch Brand verunglückten Gemeinde Lardaro 100 fl. gespendet.

— (Eine Petition.) „Se. Majestät der Kaiser hat am Montag eine Deputation empfangen, welche die Bitte hatte, die mit 217,635 Unterschriften versehene Petition der katholischen Bevölkerung Mährens Sr. Majestät zu unterbreiten. Die Petenten bitten darin um Aufrechterhaltung des Concordates, um Schutz der Kirchengüter; sie petitioniren ferner gegen die Trennung der Schule von der Kirche und um Wahrung des sacramentalen Charakters der Ehe.“

— (Die Berliner Studentenadresse) an die Wiener Studenten wegen ihrer Haltung in der Concordatsfrage war an den derzeitigen Rector der Wiener Universität, Dr. Hasner, zur gefälligen Uebermittlung an die Wiener Studierenden übersendet worden. Derselbe hat jedoch diese Adresse an das Comité zurückgeschickt mit einem Begleitschreiben, worin er bedauert, diesem Wunsche nicht entsprechen zu können. Die Studierenden der Wiener Universität seien gesetzlich keine Corporation, es fehle daher an einem Organ, an das er die Adresse übergeben könne.

— (Der Kellner Orford), der vor 27 Jahren auf die Königin Victoria im St. James-Parl. geschossen hatte und seitdem in einem für Verbrecher bestimmten Irrenhause eingesperrt war, ist jetzt begnadigt und unter der Bedingung, England für immer zu verlassen, in Freiheit gesetzt worden. Er hat stets versichert, er habe dem Drange, von sich reden zu machen, nicht widerstehen können und darum aus blindgeladener Pistole auf die Königin geschossen. Bekanntlich ist damals auch keine Kugel aufgefunden worden. Von Giftesverwirrung hat Orford übrigens keine Spur gezeigt.

— (Vom englischen Sport.) Marquis of Salisbury, der bei den Rennwetten enorme Summen verloren hat, hat dieser Tage den größten Theil seines Rennstalles zum öffentlichen Verkauf gelangen lassen. Im Ganzen kommen 52 Lose, bestehend aus Jährlingen, zweijährigen und im Trainieren begriffenen Pferden unter dem Hammer. Von den Jährlingen erzielten zwei als höchste Preise 1000 und 1650 Guineen. Zwei im Trainieren begriffene Pferde wurden mit je 1000 und 2000, ein zweijähriger Fuchshengst mit 6100, eine zweijährige Fuchsstute mit 6500 Guineen (1 Guinee etwas mehr als 10 fl.) bezahlt.

— (Aus St. Thomas) wird mit großer Bewunderung von dem Heldentum eines spanischen Schiffscapitäns berichtet, der beim Ausbruch des Orcans die Masten seines Dampfers kappte, sodann im Hafen herumfuhr, um den anderen Schiffen Hilfe zu bringen. Schon hatte der Wadere 80 Menschenleben gerettet, als eine Welle ihn selber erfasste und die Tiefe riß.

— (Meteore.) Die Amerikaner haben in der Nacht vom 13. bis 14. November mehr Glück, als die Europäer mit der Beobachtung des Sternschnuppenfalls gehabt. An mehreren Orten der Vereinigten Staaten wurden je 1500 folchen Meteore in der Stunde beobachtet. Mehrere derselben waren außerordentlich schön und durch fast anderthalb Minuten sichtbar.

Locales.

Von einem achtbaren Mitbürger, der die Absendung der bekannten Vertrauensadresse an den Reichsrath abgeordnet Dr. Klun übernommen, wird uns folgendes, ihm vom Letzteren zugekommene, zur Veröffentlichung bestimmtes Schreiben übermittelt. Wir sind überzeugt, daß demselben nicht nur in Laibach von den Unterzeichnern der Adresse, sondern auch von den Gemäßigten im ganzen Lande die verdiente Beachtung zu Theil werden wird. Das Schreiben lautet:

Es kann für einen Volksvertreter keine höhere Anerkennung geben, als die Zustimmung der Mitbürger zu seiner Haltung in wichtigen Fragen des staatlichen und bürgerlichen Lebens. Eine große Anzahl hochachtbarer Bürger meiner Vaterstadt hat mir eine Adresse zugesandt, in welcher meinem Verhalten im Reichsrathe in der Verfassungs- und in der Schulfrage, sowie meinen öffentlichen Erklärungen über politische, religiöse und bürgerliche Freiheit die ungetheilte Anerkennung der Laibacher Bürgerschaft ausgesprochen wird.

Diese Zustimmung und Anerkennung weiß ich im vollsten Maße zu würdigen. Sie ist mir einerseits der schönste Lohn für meine bisherige parlamentarische Thätigkeit und andererseits der kräftigste Sporn, auch fernerm die wahren Interessen des Landes Krain mit Muth und Ausdauer zu vertreten. Indem ich Sie, verehrter Herr, ersuche, den Herren Unterzeichnern der Adresse meinen wärmsten Dank für die mir erwiesene Auszeichnung in meinem Namen auszusprechen, bitte ich mir zu gestatten, daß ich diesem Danke einige Bemerkungen beifüge.

Unser großes Vaterland Oesterreich steht an einem Wendepunkte. Mancherlei Unglücksfälle, welche das Reich in den letzten zwei Decennien getroffen, und einige verunglückte Experimente in der inneren Organisation des Reiches haben die Situation herbeigeführt, in welcher wir uns gegenwärtig befinden. Wir stehen wieder vor einer Organisation. Allein während man in früheren Jahren in einer scharf centralisirten Militär- und Bureaucratenherrschaft den Kitt für die heterogenen Elemente, aus welchen das Reich besteht, zu finden meinte, und hierauf mit einem Schein-constitutionalismus die Völker zu befriedigen versuchte, ist gegenwärtig wohl in allen intelligenten Kreisen die Ansicht verbreitet, daß die verschiedenen Stämme des Reiches nur im Sonnenglanze voller politischer, bürgerlicher und religiöser Freiheit Befriedigung vollster politischer, bürgerlicher und religiöser Freiheit finden können. Das ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen finden können. Das größtmögliche Maß der Freiheit ist eben der stärkste politische Magnet; die Gleichberechtigung der verschiedenen Nationalitäten, die Erweiterung der Autonomie der Länder in legislativer und administrativer Beziehung sind eine notwendige Folge des anerkannten Freiheitsprincipes. Um das Banner der Freiheit können und sollten sich die Intelligenzen, was immer für einer Nationalität sie angehören, schaaren; denn nur unter diesem Banner scheint mir ein Ausgleich der verschiedenen Interessen durchführbar.

Diese Grundzüge waren seit jeher mein politisches Glaubensbekenntnis — sie sind es auch noch heute. Als in unserer Zeit die Nationalitäts-Idee mächtiger hervortrat, wurde sie überall von den Freunden des Fortschrittes als eine berechtigte anerkannt; denn was beim einzelnen Menschen das Bewußtsein

seiner Persönlichkeit, das ist bei Völkern das Gefühl der Nationalität. Diese Erkenntniß bildet die Grundlage vollständiger Rechtsgleichheit, ohne welche an ein wahrhaft constitutionelles Leben in einem Staate mit verschiedenen Nationalitäten nicht zu denken ist.

Allein sowie die Freiheit ihre gesetzlichen Grenzen hat, so ist es auch mit dem Streben nach Wahrung der Nationalität, sollen nicht Anarchie oder schrankenlose Willkür zur Herrschaft gelangen. Es heißt aber die natürliche Ordnung im Staate und in der Gesellschaft umkehren, wenn man die Nationalitätsbestrebungen höher stellen will, als die Bestrebungen nach freierlicher Entwicklung; die Nationalität findet in freierlichen Institutionen ihren berechtigten Schutz, ihre Pflege.

Als in meiner Heimat Krain die Nationalitäts-Idee kräftiger sich zu entwickeln begann, habe ich dieselbe vom oben entwickelten Standpunkte freudig begrüßt. Ich mußte voraussetzen, daß diese Frage auch in Krain von einem Gesichtspunkte aus behandelt werde, der in andern politisch vorgeschrittenen Ländern als feststehend anerkannt wird. Meine vieljährige Abwesenheit von Krain trägt die Schuld daran, daß mir die Einzelheiten in der Gestaltung des politisch-nationalen Lebens erst später bekannt und klar geworden sind. Als das „nationale Wahlcomité“ zu Anfang dieses Jahres (am 11. Jänner) das „Programm“ veröffentlichte, lag der Schwerpunkt in dem Satz:

„Wir wollen vor allem ein einiges, mächtiges, ruhmbekedtes, allen Nationen gleich gerechtes Oesterreich; wir wollen den friedlichen Ausgleich und die Einigkeit aller Nationen auf Grundlage einer freierlichen, allen Völkern gleich gerechten Verfassung. Wir wollen die Erhöhung des geistigen und materiellen Wohlstandes unseres Volkes.“

Diesem Programm trat ich bei; im Sinne dieses Programms habe ich für die revidirte Verfassung, für die Grundrechte der Staatsbürger, für die geistige Befreiung des Volkes von einem unberechtigten Drucke im Reichsrathe gestimmt und gesprochen. Und jene Partei, welche obige Grundzüge ausgesprochen, fand es für angezeigt, mich zur Rechenschaft zu ziehen! Ich habe geantwortet. Meine Ansprache „An meine Herren Wähler“ (in der Laibacher Zeitung) hat einerseits mein correctes Verhalten nachgewiesen und andererseits ist daraus unzweifelhaft zu entnehmen, daß ich nicht gesonnen bin, den von jener Partei in der neuesten Zeit aufgestellten und verfochtenen Anschauungen und Grundzügen meine Zustimmung zu geben. Es ist also selbstverständlich, daß ich seit dem Tage, als das Organ jener Partei sich mit mir in directen Widerspruch setzte, mich nicht mehr als Mitglied jener Partei betrachte.

Ob in dem Zeitpunkte, in welchem die revidirte Verfassung, die Staatsgrundgesetze, das Verfassungsgezet u. s. w. in Kraft treten, auch in Krain in die Begründung einer „Fortschritts-partei“ auf Grundlage der freierlichen Verfassung geschritten werden sollte, in welche alle Freunde des Fortschrittes ohne Rücksicht auf Nationalität eintreten könnten, überlasse ich der Einsicht und der Localkenntniß meiner freisinnigen Landsleute. Doch darf ich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß ich jederzeit und mit Vergnügen bereit bin, den Freunden freierlichen Fortschrittes meine bescheidenen Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Der langjährige Zwiespalt in unserer Heimat wird nur dann aufhören, wenn die Freunde der Freiheit sich einigen in dem Grundzuge, daß nur aus politischer, bürgerlicher und religiöser Freiheit die Wohlfahrt der Völker entspringt, — daß jene Grundzüge, welche andere Länder zu segensreicher Entwicklung brachten, auch für Krain heilbringend sein werden. Mögen alle intelligenten, freierlichen Krainer sich zu dem schönen Werke der Verschönerung einigen, damit in Eintracht und Friede unsere Heimat erstarke und gedeihe!

Wollen Sie, hochverehrter Herr, diese meine Anschauungen zur Kenntniß jener Herren bringen, welche mich mit ihrem Vertrauensvotum beehrt haben, und denselben meinen wärmsten Dank aussprechen.

Wien, 30. November 1867.

Dr. Klun,
Reichsraths-Abgeordneter.

— (Das Bernhart'sche Panorama vom Großtaubenberg) wurde von dem Herrn Fürstbischof Dr. Widmer um 500 fl. angekauft.

— (Der ärztliche Verein) hat in der letzten Sitzung über Antrag Dr. Guster's beschlossen, sein Ehrenmitglied Hofrath Kotikansky aus Anlaß seiner allerbötesten Verunglückung in Herrenhaus zu beglückwünschen; er ist der erste Arzt, dem diese hohe Ehre zu Theil wurde. Die bezügliche Adresse ist bereits an ihn abgegangen. — Nächste Woche wird der ärztliche Verein wegen der Findexhausfrage eine Sitzung ad hoc abhalten und sein diesbezügliches Elaborat dem hohen Landtage resp. Landesausschusse alsbald vorlegen.

— (Dieeisanveränderung.) Der Herr Pfarrer und Dechant in Lodi, Fr. Kramar, wurde zum Canonico am hiesigen Domcapitel an die Stelle des verstorbenen Herrn Johann Pollak ernannt, und es soll demselben dem Vernehmen nach auch die Directorenstelle am fürstbischöflichen Seminar übertragen werden.

— (Die Matica) hält am 19. d. M. ihre Generalversammlung ab.

— (Programm der am kommenden Sonntag stattfindenden Beseda) in der Gitalnica zur Feier des Geburtstages des Dr. Preßern (3. Dec.): 1. Zum Andenken Preßern's. Declamation; 2. a. Večerna (Abendlied), Worte von Praprotnik, Männerchor, componirt von J. Ribar; b. Zapušena (Die Verlassene), Text von Preßern, Männerchor, componirt von Dr. B. Spavec; 3. Prošnja (Bitte), Text von Preßern, für Bariton mit Pianobegleitung, componirt von Slavoljub Valenta;

4. Trio (C-moll) für Violine, Violoncell und Piano, von Beethoven; 5. Popolnik (Der Wanderer), Damen- und Männerchor, von Gostermann; 6. „Aj čó by bola“, Slavolisches Lied mit Pianobegleitung, von Fr. Pivoda; 7. Hrovaška čelvorka, für Männerchor, componirt von Slavoljub Žičar; 8. „Der Philosoph“, Lustspiel in 1 Act, nach dem Englischen von Miroslav Vilhar. Anfang 7 Uhr Abends. Eintritt nur für Mitglieder der Gitalnica.

— (Das protestantische Glöckchen zum letzten mal.) Die in der vorgestrigen „Laibacher Btg.“ erschienene absprechende Kritik einer in dem Berichte der letzten Versammlung des historischen und des Musealvereins ausgedrückten Vermuthung über die wahrscheinliche Beziehung eines im Laibachflusse gefundenen Glöckchens zu der Geschichte der Stadt Laibach verdiente zwar wegen der Unbedeutendheit des Gegenstandes als historische Müdensängerei mit Stillschweigen übergangen zu werden, wenn nicht ihr schulmeisterlicher Ton eine Entgegnung erbeizte. Was soll die darin vorkommende Hinweisung auf Dr. Klun's Archiv wohl bedeuten? Niemand wird jene Zusammenstellung von Daten, die meist eine Reproduction der von Professor Richter in den „Jahrbüchern“ gegebenen historischen Rück Erinnerungen ist, als eine Geschichtsquelle für die Reformation in Krain ansehen? Hätte der Kritiker die trauischen Geschichtsquellen jener Epoche studirt, so wäre er sicherlich zur Ueberzeugung gelangt, daß es noch in jener Zeit, deren Jahreszahl 1617 das besagte Glöckchen trägt, hierlands eine sehr lebhaft bewegte Gemüther im protestantischen Sinne gab. Noch im Jahre 1614 sah sich die Reformationscommission genöthigt, mit erneuerter Strenge dagegen aufzutreten. Ihre bisher bekannt gewordenen Protokolle reichen bis zum Jahre 1618. Der gelehrte Historiker Thaisnitscher, dem bei Abfassung seiner Epitome chronologica das hiesige Dom- und bischöfliche Archiv zu Gebote standen, bemerkt zum Jahre 1614 Folgendes: Lutheranismus Labaci repululare et clam promoveri videtur. Eine handschriftliche Notiz des eifrigen Gegenreformators Ehrön aus der Zeit von 1611—1617 herstammend, die eine Art Promemoria des gläubenseifrigen Bischofes bildet, bemerkt, daß in Laibach lehrerliche Bücher zum Verkaufe heimlich herumgetragen und von ausländischen Buchhändlern eingeschmuggelt, daß des Nachts von Bettelungen lehrerliche Bücher gesungen würden, daß eine Bürgerin Namens Reisinger einem über die falschen Propheten predigenden Kapuziner fluchend zugerufen: „Du leugst.“ Auch ist daselbst von einem lutheranischen Erzieher Pittorfer die Rede, der für den Katholicismus zu gewinnen wäre; ferner von einem Magister des Civilspitals, der eine Lutheranerin zur Frau bezieht und daher nicht wieder gewählt werden dürfe, um ja nicht das Repertorium zu fördern. Im Jahre 1627 erschien am 24ten September ein erneuertes Generalmandat des Kaisers Ferdinand wegen Ausrottung und Abschaffung unatholischer und sectischer Predicanten in Krain. Ja noch im Jahre 1654 erließ am 16. Jänner ein Erlass der innerösterreichischen Regierungscommission in Graz wegen Abschaffung der unatholischen Kalender in Krain. Wenn demnach noch um die Mitte des siebenzehnten Jahrhunderts trotz der strengen Ueberwachung der Bevölkerung durch die Jesuiten protestantische Kalender nach Krain eingeschmuggelt wurden und bei dem Volke sehr beliebt zu sein schienen, so dürfte auch die in jenem Berichte ausgesprochene Wahrscheinlichkeit des Zusammenhanges jenes Glöckchens mit der protestantischen Bewegung, mag es nun in das Land eingeschmuggelt oder hierorts verfertigt worden sein, mit den Anforderungen, welche die Logik an eine Hypothese stellt, vereinbar sein und auch den damaligen Zeitverhältnissen nicht widersprechen. Bekanntermaßen zeigt man in Rittersdorf (Gottschee) eine Glode, welche die Gotscheer bei ihrer Einwanderung aus Deutschland mitgebracht wissen wollen. Der biblische Ursprung der Glodeninschrift war von Niemandem in Abrede gestellt worden und es sind nur die numismatischen Belege geliefert worden, daß jener Wahrpruch bei den protestantischen Fürsten jener Epoche schon in Uebung war, wie er noch heutzutage wie damals in den protestantischen Kirchenliedern sich ausspricht. Wohl aber dürfte es dem Kritiker schwer sein, zu beweisen, daß irgend eine in jener Epoche gegoffene katholische Glode jenen insbesondere bei den Protestanten üblichen Wahrpruch trage. Es wurde weiters auch gar nicht gesagt, daß Glöckchen für kirchliche Zwecke bestimmt gewesen; es kann ja jenes kaum ein paar Pfund wiegende Kunstproduct, das man unter den Rod verstecken kann, eine Bestimmung für häusliche Zwecke, für bedeutendere Wirthschaften, um dem Gefinde zu bestimmten Tageszeiten ein Glodenzeichen zu geben, gehabt haben. Sicherlich ist aber die Vermuthung keine gezwungene, sondern eine nahe liegende, daß zu einer Zeit, da die Landesfinder wegen ihres Glaubens des Landes verwiesen wurden, da die von der Reformationscommission gegen Laibacher Bürger bis zu einer Höhe von 4000 Ducaten verhängten Geldbußen und die vor dem Rathhause veranstalteten Autodafes der subreptiv herbeigeschafften protestantischen Bücher noch in lebhafter Erinnerung Aller waren, auch ein Glöckchen, dessen Umschrift ihm den Verdacht eines protestantischen Fabricates zuziehen konnte, in den Laibachflusse wandern mußte. Die vom Kritiker vermittelte Deutung des Glöckchens als Armenfängerlode ist nicht anzunehmen, daß das städtische Defonomat im Jahre 1798 bei Abtragung eines Thurmes die daselbst aufgehängte Glode ins Wasser habe fallen lassen. Sicherlich ist es unlogisch, eine Behauptung als „auf der Hand liegende“ Wahrheit hinzustellen, der man ein paar Zeilen später das Bleigewicht einer sehr unwahrscheinlichen „Wahrschein-

